

Die falschen Versprechen der Initianten

Die Initianten nehmen es in ihrer Kampagne für die Pro Service public Initiative mit der Wahrheit nicht sonderlich genau. Auf Kritik an der unklaren Formulierung ihres Initiativtextes flüchten sie sich in neue Auslegungen ihres eigenen Textes. Nachfolgend ein paar Beispiele.

Behauptung	Fakt
„Dank der Initiative werden die Leistungen der Bundesbetriebe besser und billiger“	Die Initiative macht keinerlei Vorgaben zur Qualität, genauso wenig wie zum Preis von Dienstleistungen von Post, SBB und Swisscom. Die Behauptung, dass bei weniger Gewinn die Preise sinken und die Qualität besser wird, ist schlicht naiv. Oder soll ein Brief künftig pünktlicher sein, wenn er nur noch 80 Rappen kostet? Der Zug pünktlicher zum halben Preis?
„Die Bundesbetriebe verfügen über mehr Mittel, da sie dem Bund keine Gewinne und Steuern mehr abliefern müssen“	Bereits heute liefert die SBB dem Bund keine Gewinne ab, sondern investiert ihre Überschüsse in das Bahnsystem zurück. Mit dem Verzicht auf die Dividenden und Steuern von Post und Swisscom entgehen dem Bund, Kantonen und Gemeinden Einnahmen von über einer Milliarde. Fehlt dieses Geld in der Bundeskasse, fehlt das Geld ganz direkt zur Finanzierung von Service Public Leistungen, wie bspw. dem Regionalverkehr oder der Alimentierung des Schienennetzes. Hier gilt es auch an die übrigen Einnahmenverluste und Sparpakete des Bundes zu erinnern: Einsparungen von hundert Millionen erzeugen Diskussionen, die sich über eine ganze Legislatur im Parlament hinziehen
„Mit der Initiative steht mehr Geld für den Service public in den Landregionen zur Verfügung“	Auch hier gilt. Die Initianten machen im Gegensatz zur heutigen Gesetzesgrundlage keinerlei Vorgaben bezüglich eines flächendeckenden Service Public. Ausserdem werden viele Service Public-Leistungen direkt von Bund und Kantonen finanziert. Hier entzieht die Initiative der öffentlichen Hand über eine Milliarde Steuereinnahmen, Mittel welche für die Subventionierung von Regionalverkehr auf Schiene oder Strasse fehlen. Im Initiativtext kommt übrigens der Term „Service public“ gar nicht vor. Noch vor einem Jahr haben wir bei der RTVG-Revision über den Service public abgestimmt. Da war „Service public“ einzig das Staatsfernsehen. In dieser Abstimmung sind es SBB, Swisscom und Post. Neuerdings bringen die Initianten auch weitere Betriebe wie die SUVA ins Spiel, die rein gar nicht mit Grundversorgung zu tun haben. Ist das nicht komisch?
„Die Initiative schränkt die Quersubventionierung innerhalb des Service public nicht ein“	Der Initiativtext ist diesbezüglich weit weniger klar. Können bspw. die SBB Immobilien als „anderer Verwaltungsbereich“ das SBB Schienennetz weiterhin jährlich mit einem Deckungsbeitrag subventionieren? Allen Interpretationen zum Trotz: die abschliessende Auslegung des Verfassungstextes machen nicht die Initianten oder Rechtsprofessoren, sondern das Parlament. Fakt ist: Querfinanzierung ist die Basis eines gut funktionierenden Service public Um unerlaubte Quersubvention zu verhindern, gibt es heute sektor-spezifische Aufsichten und die WEKO. Das funktioniert.
„Rentable PostAuto Linien können weiterhin unrentable Linien subventionieren“	Schlicht falsch. Im sogenannten bestellten Regionalverkehr (Schiene, Strasse) gibt es keine Quersubventionierung. Hier werden die Defizite von Bund und Kantonen mit ordentlichen Bundesmitteln Linie pro Linie abgegolten.
„Die Migros oder der COOP zeigen, dass man auch ohne überrissene Gewinne und freche Löhne erfolgreich wirtschaften kann“	Das Genossenschaftsmodell hat Bestimmtheit seine Vorteile. Aber sind wir doch ehrlich: Ist das nicht ein Feigenblatt?

	<p>Das Genossenschaftsprinzip ist für die Bundesbetriebe nicht anwendbar. So ist bspw. die SWISSCOM eine Aktiengesellschaft. Würde man deren Status über Nacht ändern, ginge der Schweiz und den vielen Aktionären Milliarden verloren.</p> <p>Und noch ein paar Zahlen. Die Migros macht 2015 einen Gewinn von CHF 791 Mio. CHF und Herbert Bolliger als Präsident der Generaldirektion über die Genossenschaften verdiente CHF 924'000. Niemand käme auf die Idee hier einen Riegel zu schieben, andernfalls wäre die Wettbewerbsfähigkeit der Migros genauso gefährdet wie diejenige der Bundesbetriebe.</p>
<p>„Kein Chef eines Bundesbetriebes soll mehr als ein Bundesrat verdienen“</p>	<p>Ein typisches Beispiel, wie weit die Behauptungen der Initianten und der Initiativtext auseinanderklaffen. Denn im Initiativtext steht etwas ganz anderes. Er benennt nicht die Chefs, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesbetriebe, deren Löhne nicht über denjenigen der Bundesverwaltung liegen dürfen.</p> <p>Ausserdem ist den Initianten zusätzlich ein inhaltlicher Fehler unterlaufen. Der Vergleichslohn gemäss ihrem Verfassungstext ist nicht der Bundesrat, sondern ein Bundesamtsdirektor (Lohn rund CHF 375'000), denn der Bundesrat ist keine Verwaltungs-, sondern eine Magistratsperson.</p>
<p>„Der Bund macht nichts“</p>	<p>Das Angebot im Regionalverkehr wird laufend ausgebaut, siehe auch aktuelle Vernehmlassungsvorlage zur Finanzierung des Regionalverkehrs</p> <p>Grundversorgung im Bereich Telekom wird laufend ausgebaut, aktuell auf 2 MBit/s, geplant ist ein weiterer schritt auf 3 MBit/s</p> <p>Das Poststellennetz wurde im Postgesetz verankert (Infrastrukturauftrag!). Anpassungen sind im Rahmen der gesetzlichen Erreichbarkeitsvorgaben möglich und liegen sogar im Interesse der Kunden (längere Öffnungszeiten von Agenturen).</p> <p>Die Lage der Grundversorgung wird laufend beobachtet durch die Regulationsbehörden, insbesondere die Postcom und ComCom sowie die Elcom. RailCom ist im Aufbau. Diese sorgen auch für die nötige Transparenz im Grundversorgungsbereich.</p> <p>Im Postbereich liegt ein aktueller Bericht zur Weiterentwicklung des Postmarktes vor. Das gleiche gilt für den Telekommunikationsbereich.</p>
<p>Die Grundversorgung muss definiert werden.</p>	<p>Die Grundversorgung ist in den sektorspezifischen Gesetzen und Verordnungen längst definiert und Ergebnis eines langjährigen politischen Aushandlungsprozesses, der durch die Initiative unnötig gefährdet wird.</p>
<p>Wir kämpfen gegen den politischen Filz / gegen das „System“.</p>	<p>246 demokratisch gewählte Volksvertreter aller Parteien haben der Volksinitiative eine klare Absage erteilt. Dies nicht zu letzt, weil sie die möglichen Konsequenzen einer Annahme der Initiative als gravierend einschätzen, während die Initianten offenbar von einem System der Grundversorgung aus den 1980-er Jahren träumen. Doch die technologischen Möglichkeiten und die Kundenbedürfnisse haben sich seither fundamental geändert. Mit ein Grund, warum auch alle Konsumentenorganisationen die Initiative ablehnen.</p>